



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anne Franke, Barbara Fuchs, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Maximilian Deisenhofer, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Schwamberger, Gabriele Triebel** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Haushaltsplan 2022;

**hier: Friedens- und Konfliktforschung in Bayern etablieren
(Kap. 15 03 neuer Tit.)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2022 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 15 03 wird ein neuer Tit. „Friedens- und Konfliktforschung“ ausgebracht und mit Mitteln in Höhe von 3.000,0 Tsd. Euro für außeruniversitäre Forschung ausgestattet.

Es wird eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 16.000,0 Tsd. Euro, fällig in den Jahren 2023 bis 2027, eingefügt.

Begründung:

Bayern hat im Gegensatz zu anderen Bundesländern kein einziges renommiertes Friedens- und Konfliktforschungsinstitut. Friedens- und Konfliktforschung ist unverzichtbar für kompetente Politikberatung. Neben der Beratung von Bundestag und -regierung trägt die Friedens- und Konfliktforschung auf Landesebene – etwa im Bereich Innenpolitik zur Polizeiberatung, Integrationsförderung – sowie auch auf kommunaler Ebene zum präventiven und lösenden Umgang mit Gewalt und Konflikten bei. Sie wirkt so Radikalisierung, Rassismus und Extremismus entgegen. Gewaltprävention und ziviles Konfliktmanagement sind grundlegend für gelingendes Zusammenleben in Gesellschaften. Die Forschung entwickelt Konzepte, wie dies kommuniziert, gelernt und eingeübt werden kann. Gerade in Zeiten der Coronapandemie rückt gelingendes gesellschaftliches Zusammenleben zunehmend in den Fokus.

Die „Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Friedens- und Konfliktforschung“ des Wissenschaftsrates (2019) bewerten eine ausgeprägte Praxisorientierung und das hohe Reflexionsniveau im Hinblick auf den Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Politik als immens wichtig. Insbesondere die außeruniversitären Einrichtungen engagieren sich im Wissenstransfer und tragen zur überregionalen Vernetzung der Erkenntnisse der Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland und Europa bei. Infolge fehlender Forschungseinrichtungen ist Bayern von dieser überregionalen Vernetzung ausgeschlossen und es bleibt der Politik ein Rückgriff auf wissenschaftliche Erkenntnisse in diesem Bereich verwehrt.

In Anbetracht dieser Situation empfiehlt der Wissenschaftsrat den Ausbau langfristiger und stabiler institutioneller Strukturen. Da Bayern bisher ein weißer Fleck auf der Landkarte der außeruniversitären Friedens- und Konfliktforschung ist, sollte die Staatsregierung diese Empfehlung aufgreifen. Dabei ist schnelles Handeln gefragt, bevor andere

Bundesländer aktiv werden und Bayern noch weiter ins Hintertreffen gerät. Die Gründung einer zunächst landesfinanzierten außeruniversitären Forschungseinrichtung würde den Forschungsstandort Bayern nachhaltig stärken.

Für die Umsetzung empfiehlt der Wissenschaftsrat eine enge Anbindung an Hochschulen und Herkunftsdisziplinen und eine Kooperation klassischer politik- und sozialwissenschaftlicher Friedens- und Konfliktforschung mit Geistes- und Kulturwissenschaften sowie technisch-naturwissenschaftlichen Disziplinen.

Mit einer solchen außeruniversitären Forschungseinrichtung könnte sich Bayern im Ländervergleich und international profilieren. Somit passt sie genau in die Innovations- und Forschungsoffensive, die Ministerpräsident Dr. Markus Söder vor kurzem auf den Weg gebracht hat.